



Empfehlungen für die Arbeiten der beratenden Kommissionen in den Gemeinden

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Gemeinden beratende Kommissionen eingesetzt, dies mit unterschiedlichem Erfolg. Während in manchen Gemeinden wertvolle Arbeit geleistet werden konnte, sind die Erfahrungen, die in anderen Kommissionen gemacht wurden, eher ernüchternd. Aufgrund einer Analyse wird ersichtlich, daß die Kommissionen dann gute Arbeit leisten können, wenn der politische Wille besteht, deren Arbeit ernst zu nehmen die Rahmenbedingungen für ihre Arbeit stimmen.

Im folgenden seien wesentliche Voraussetzungen angeführt, die sich aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre, als besonders wichtig für die Arbeit der Kommissionen herausgestellt haben.

Hervorzuheben gilt, daß beratende Kommissionen nur ein - wenn auch sehr wichtiges - Instrument der Bürgerbeteiligung sind. Sie können und sollten unbedingt durch weitere - dynamischere - Instrumente ergänzt werden (cf. Stellungnahme "Um Wee zu enger Bürgergesellschaft - verstärkte Bürgerbedeelegung als kommunal Erausfuederung"), wie z.B. Ad-Hoc-Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen, die Organisation von Bürgerversammlung, die Bildung von "Zukunftsateliers", die Valorisierung der Dorfentwicklungsgruppen.

Kommissionen als wichtiges Instrument der kommunalen Politik

Der Mouvement Ecologique setzt sich generell für die Schaffung von beratenden Kommissionen in Gemeinden ein: Umwelt-, Bauten-, Transport-, Kultur-, Ausländer-... ein, da diese einerseits eine wichtige Beraterfunktion für den Gemeinderat übernehmen und andererseits eine wichtige Sensibilisierungsarbeit durchführen können.

Demokratische Zusammensetzung der Kommissionen

Es ist aus demokratischer Sicht unerlässlich, daß die Kommissionen offen für alle Bürgerinnen sind und alle Einwohnerinnen der Gemeinde die

Möglichkeit erhalten, in den Kommissionen mitzuarbeiten.

Deshalb sollten:

- die Kommissionen öffentlich ausgeschrieben werden, damit sich alle Bürgerinnen für eine Mitarbeit bewerben können;
- die Kommissionen offen für parteipolitisch nicht engagiert Bürgerinnen sein;
- VertreterInnen von engagierten Organisationen aus der Gemeinde (Umwelt-, Kultur...) in den Kommissionen zugelassen sein;
- seitens der Gemeinde bewußt die Mitarbeit von Frauen gefördert werden.

Empfehlenswert ist es auch, daß der / die Präsidentin von d Gruppe gewählt wird.

Darüberhinaus gilt es sicherzustellen, daß ein/e VertreterIn c Schöffenrates in der Kommission mitarbeitet, da ansonsten der Austausch zwischen Gemeinderat und Kommission nicht ausreichend gewährleistet ist.

Eine gute Arbeit ist in Kommission von etwa maximal 12-15 Leuten gegeben.

Klare Zielvorstellungen für die Arbeiten der Kommissionen

Die Kommissionen können nur dann eine effiziente Arbeit durchführen, wenn sie über klar definierte und ausreichend Rechte verfügen. Folgende Voraussetzungen sollten sichergestellt sein:

- * Zu Beginn der Amtszeit der Kommissionen sollten die Kommissionen mit dem Gemeinderat ein klares Abkommen treffen, welches die Erwartungen und Ansprüche sind, die an die Kommission gestellt werden, welche Ziele gemeinsam verfolgt werden, welches ihre Rechten und Pflichten sind;
- * Seitens der Gemeinde soll sichergestellt sein, daß auf Wunsch der Kommission die administrative Gestion (Verschicken der Einladungen, Anfertigen der Berichte ...) auf bezahlter Ebene durchgeführt wird (von einem Verantwortlichen des Gemeindesekretariates, einem/r Studentin/en...);
- * Die Kommission sollte über einen spezifischen Budgetposten verfügen, mit welchem sie konkrete Aktivitäten planen kann (wobei die definitive Entscheidung über die Verwendung der Gelder beim Schöffenrat liegt);

* Die Kommission sollte mit **Dossiers**, die sie direkt betreffen (die Umweltkommission z.B. bei wichtigen Kommodo-Inkommodo-Dossiers, Umänderungen am Bebauungsplan) seitens des Gemeinderates befaßt und um eine **Stellungnahme** gebeten werden. Die **Stellungnahmen** ihrerseits sollten im Dossier des Schöffen- und Gemeinderates ausliegen und im Rahmen der Diskussionen berücksichtigt werden.

* Darüberhinaus sollte sichergestellt werden, daß die Berichte der Sitzungen der Kommissionen kurzfristig den einzelnen Mitgliedern des Gemeinderates zugestellt werden, damit diese jeweils über die laufenden Arbeiten informiert sind.

* Es sollte den einzelnen Mitgliedern die Möglichkeit gegeben

werden, auch "**avis minoritaires**" zu veröffentlichen.

Weiterbildung ermöglichen

Damit die Kommissionen auch über das notwendige Wissen verfügen, sollte den Mitgliedern der Kommission die Möglichkeit gegeben werden, auf Kosten der Gemeinde an Weiterbildungsveranstaltungen teilzunehmen.

Um eine sachliche und kompetenten Diskussion zu ermöglichen, sollten die Kommissionen das Recht haben, nach Rücksprache und auf Kosten des Gemeinderates, Expertinnen zu Sitzungen der Kommission einzuladen.

Frage und Antwort zu einigen Fragestellungen betreffend die beratenden Gemeinde-Kommissionen

Frage: Erlaubt das Gemeindegesetz überhaupt nicht parteipolitisch engagierte Bürgerinnen in den Kommissionen zuzulassen?

Ja! Es gibt lediglich vor, daß die Kommissionen in den Proporzgemeinden paritätisch, je nach den im Gemeinderat vertretenen Parteien, zusammengesetzt sein sollten. Dies um zu verhindern, daß die Kommission ausschließlich von Mitgliedern der Majorität besetzt werden. Darüberhinaus kann die Gemeinde aber zusätzlich parteipolitisch neutrale Bürgerinnen aufnehmen.

Frage: Wie kann die öffentliche Ausschreibung der Kommissionen im konkreten erfolgen?

Es empfiehlt sich die Kommissionen im Rahmen eines Rundschreibens an alle Einwohnerinnen der Gemeinde auszuschreiben. Hierbei könnten folgende Elemente angeführt werden;

- alle Personen, die sich für die Mitarbeit in einer Kommission bewerben, sollten bei der Bewerbung eine kurze Erklärung geben, warum sie sich für die Mitarbeit interessieren;
- in Proporzgemeinden sollten - damit die parteipolitische Neutralität gewährleistet ist - die Bürgerinnen aufgefordert werden anzugeben, daß sie keiner Partei angehören;
- da sich eventuell zahlreiche Personen für eine Kommission melden, sollten die Bürgerinnen die Möglichkeit haben anzugeben, welche Kommission sie bevorzugen resp. in welcher Kommission sie subsidiarisch mitarbeiten würden.

Frage: Was tun, wenn sich "zu viele" Bürgerinnen für eine Mitarbeit interessieren?

Auch wenn dieser Fall wohl in den wenigsten Gemeinden eintreten wird und zudem ein starkes Interesse der Einwohnerinnen an einer aktiven Mitarbeit äußerst wünschenswert ist, kann natürlich der Fall eintreten, daß sich "zu viele"

Einwohnerinnen für eine Kommission melden, damit noch eine gute Arbeit in der Kommission möglich ist. Auf keinen Fall dürfte diese Angst dazu führen, die Kommissionen nicht mehr auszuschreiben, da doch gerade ein starkes Interesse seitens der EinwohnerInnen unbedingt erwünscht ist. So gilt es Wege zu finden, diese Situation im Sinne aller anzugehen, damit sowohl eine größtmögliche Bürgerbeteiligung als auch eine effektive Arbeit in den Kommissionen gewährleistet ist. Hierbei bieten sich u.a. folgende Möglichkeiten an:

- Gespräch seitens der Gemeinde mit den Personen, die sich für eine Mitarbeit beworben haben, ob sie sich evtl. auch eine Mitarbeit in einer anderen Kommission vorstellen könnten;
- Verstärktes zurückgreifen seitens der Gemeinde auf andere Formen der Bürgerbeteiligung, vor allem auch auf Arbeitsgruppen. Ad-Hoc Arbeitsgruppen oder aber spezifische Gruppen bieten die Möglichkeit die Bürger sehr konkret bei bestimmten Themen einzubinden, z.B. der Gestaltung einer Straße, der Organisation einer Veranstaltung ... Diese Gruppen können, müssen aber nicht, in direkter Zusammenarbeit mit den Kommissionen funktionieren.
- Einteilung der Kommission in zwei Gruppen falls ersichtlich wird, daß die MitgliederInnen an unterschiedlichen Schwerpunkten der Arbeit interessiert sind.

Frage: Ab wann sind Dokumente der Kommissionen als öffentlich anzusehen?

Die Kommissionen beraten den Gemeinderat und insofern sollte eine gewisse Vertraulichkeit gegeben sein. Nach Ansicht des Mouvement Ecologique sollten die Stellungnahmen der Kommissionen dann als öffentliches Dokument angesehen werden, wenn sie auch dem Gemeinderat zugestellt wurden und im offiziellen Dossier der Gemeinde auslagen.

Die Gründe für die derzeitigen Probleme in der Kommissionsarbeit

Fehlende Tradition: Es gibt in Luxemburg keine starke "Tradition", BürgerInnen derart im Gemeindeleben einzubinden. Entsprechend fehlt es beiden Seiten - sowohl den politisch Verantwortlichen als auch den BürgerInnen - vielfach an notwendigen Erfahrungen.

Teilweise unzureichender politischer Willen: Zudem kommt man nicht umhin festzustellen, daß de facto leider sehr häufig der politische Wille fehlt, sowohl die Arbeiten der Umweltkommissionen als auch der Dorfentwicklungsgruppen ernst zu nehmen. So manche Stellungnahme einer Kommission versandete in den Schubladen - oder aber sie wurden gar nicht um eine Stellungnahme gebeten. Ähnliches gilt für die Dorfentwicklungsgruppen. Es versteht sich von selbst, daß falls die TeilnehmerInnen dies spüren, kaum noch eine wirkliche Dynamik und Motivation bestehen kann.

Unzufriedenstellende Vorgehensweise: Es fehlt den diversen Gruppen häufig an elementaren Voraussetzungen, um eine gute Arbeit leisten zu können. So mangelt es z.B.

- * An klaren Zielvorstellungen: Was wollen wir erreichen? Was erwartet der Gemeinderat von der Kommission, der Gruppe?
- * An übergroßen Erwartungen: Welche Ziele sind überhaupt erreichbar?
- * An Zwischenstufen: Welche "kleineren" Maßnahmen kann eine Gruppe als Erfolgserlebnis durchführen?
- * An einer "psychologischen Vorgehensweise": Warum lohnt sich das Engagement überhaupt?

Zu stark auf ehrenamtlichen Engagement basierende Vorgehensweise: Von besonderer Relevanz ist, daß häufig nicht ausreichend auf professionellen Sachverstand bzw. Begleitung gesetzt wurde

- * Beratende Kommissionen werden in der Regel (außer den per Gesetz vorgeschriebenen Kommissionen) rein ehrenamtlich geleitet, ebenso die Sekretariatsarbeit. Die Frage stellt sich, ob diese Vorgehensweise noch zeitgemäß und sinnvoll ist.
- * Auch auf der Ebene der Dorfentwicklungsgruppen zeigt sich dieses Problem. Häufig wurden z.B. die Sitzungen in den Arbeitsgruppen von EinwohnerInnen geleitet oder aber von Büros, die zwar durchaus gute Fachleute in ihrem Sektor sein können, jedoch nicht gezwungenermaßen über das notwendige Know-How betreffend die Gruppenführung usw. verfügen.

Zeitliche Zwänge sowohl auf der Ebene der Mitglieder der Gruppen als auch des Gemeinderates: Fakt ist zudem, daß:

- * So manche Mitglieder zeitliche Probleme haben, die Dossiers regelmäßig zu begleiten, da sie dies ausschließlich in ihrer Freizeit tun;
- * Diskussionen mit BürgerInnen zeitaufwendig sind und entsprechend ein noch stärkeres zeitliches Engagement der gewählten VertreterInnen erfordern. Dies stellt natürlich ein reelles Problem für Gemeinderäte dar, da die politische Freistellung doch äußerst begrenzt ist.

Wissensdefizit: Die Mitglieder der Kommissionen sowie der Dorfentwicklungsgruppen verfügen - oder haben zumindest häufig den Eindruck - nicht über das für sie erforderliche Wissen bzw. den erforderlichen "Hintergrund", um sich sicher genug zu spüren aktiv zu werden. Seitens der Gemeinden und des Staates werden kaum Anstrengungen unternommen, um ihnen dieses Selbstvertrauen bzw. Wissen zu vermitteln (z.B. über Weiterbildungsveranstaltungen für ehrenamtliche engagierte BürgerInnen).

Zusammensetzung der Gruppen und Kommissionen: Problematisch ist zudem die Zusammensetzung der Kommissionen und Dorfentwicklungsgruppen. Vor allem bei den Kommissionen erfolgt die Zusammensetzung der - vor allem in den Majorzgemeinden - häufig aufgrund der Parteizugehörigkeit und "unabhängige" VertreterInnen der Zivilgesellschaft (z.B. auch von Organisationen), die besonderes Engagement einbringen würden, durften nicht teilnehmen.

Unklare Aufgabengebiete: Häufig wurden auch die Aufgabengebiete nicht zufriedenstellend definiert. So wurden die Aufgaben der einzelnen Kommissionen nicht immer klar umrissen, so daß die Kommissionen zum Teil etwas "in der Luft hängen". Zudem ist festzustellen, daß die Mitglieder nicht unbedingt Lust haben, nur "defensive Arbeiten" zu leisten (z.B. Begutachtung eines Projektes, vor allem wenn es nicht ernst genommen wird), dieses jedoch häufig seitens des Gemeinderates als primäres Arbeitsgebiet angesehen wird.

Die allgemeinen Prinzipien der Bürgerbeteiligung

- **Politischer Wille:** Grundvoraussetzung für eine effiziente und effektive Bürgerbeteiligung ist und bleibt der politische Wille der gewählten Gemeindevorteuerinnen die Bürgerinnen aktiv am Gemeindegesehen zu beteiligen. Ist dieser Wille nicht vorhanden, so ist die beste demokratische Struktur zum Scheitern verurteilt. In Gemeinden, wo entsprechend nach wie vor der Wille zur Einbindung der BürgerInnen nicht reell besteht, sondern nur vorgeschoben wird, stellt sich entsprechend die Frage, ob es wirklich Sinn macht eine gewisse institutionalisierte Bürgerbeteiligung in die Wege zu leiten - so ist es dann wohl eine Illusion, Hoffnungen in die Arbeit der beratenden Kommissionen bzw. Gemeindeentwicklungsgruppen zu legen.

- **Festlegung von klaren Zielen:** Unabdingbar ist es generell bei jedwedem Prozeß der Bürgerbeteiligung klare Ziele festzulegen: Welches ist der Sinn und Zweck der Bürgerbeteiligung? Welches Problem soll geklärt - in welchem Bereich eine Vision entwickelt werden?

- **Orientierung gemäß den Prinzipien der Nachhaltigkeit:** Vor allem auf der Ebene der Gemeindeentwicklungs- / Agenda-21-Gruppen gilt es gemäß den Zielen der Nachhaltigkeit zu arbeiten und nicht - wie bis dato - im luftleeren Raum. Hier sollten konkrete Fragen und Zielsetzungen im Vordergrund stehen:
* Welchen Beitrag zu Reduktion der CO₂-Emissionen will die Gemeinde in welchem Zeitraum leisten?
* Welchen Modalsplit soll im Verkehrsbereich erreicht werden?

- **Eindeutige Kompetenzen festlegen:** Welche Entscheidungen darf die jeweilige Gruppe treffen? Über welche Rechte verfügt sie? Was ist machbar im Rahmen der Gruppe, welches sind ihre Grenzen?

- **Festlegung von Spielregeln und "Fahrplänen":** Grundsätzliche Spielregeln der Kommunikation sollten respektiert und für jeden transparente Diskussionsprozesse festgelegt werden.

Diese sollten a priori festgelegt werden und offen mit allen TeilnehmerInnen diskutiert werden. Dazu gehört z.B. daß klare Prozeduren für den Ablauf des Bürgerbeteiligungsprozesses festgelegt werden; daß die Gruppe angeregt wird, Gemeinsamkeiten herauszuschälen statt Konflikte heraufzubeschwören usw. Ebenso ist es elementar nach der Durchführung von Projekten Erfolgskriterien zu ziehen sowie einen optimalen Informationsstand der TeilnehmerInnen an Gruppen bzw. der BürgerInnen im allgemeinen zu gewährleisten.

- **Eine professionelle Moderation:** Die Organisation von Gruppenprozessen ist eine sehr komplexes Gebiet, das eine professionelle Moderation erfordert. Die Erfahrung - in den Leadergebieten im positiven sowie in den Dorfentwicklungsgruppen im negativen - hat gezeigt, daß nur eine professionelle Führung dieser Gruppen zum Erfolg führen kann. Immerhin reicht häufig die Arbeit eines derartigen Moderators/in von der Organisation kleiner Diskussionsgruppen (mit häufig sehr divergierenden Interessen) bis hin zu der Organisation von größeren Informationsveranstaltungen. Das Anforderungsprofil an den Moderator erfordert deshalb ein weitgehendes Know-How im kommunikativen Bereich. Vor allem in der Anfangsphase eines Prozesses kann es notwendig sein, den Arbeitsgruppen auch technischorganisatorische Hilfestellung zu leisten und die Kommunalverwaltung bei Entscheidungen über das Projektmanagement zu beraten.

- **Gewährleistung der Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen:** Heutige Kommunikationsformen laufen darauf hinaus, daß häufig nur bestimmte gesellschaftliche Schichten in das Politikgeschehen eingreifen bzw. mitwirken. Das Interesse von Jugendlichen, ausländischen EinwohnerInnen, sogenannten Randgruppen (Behinderte, soziale Benachteiligte) für das Politikgeschehen wird selten geweckt. Von elementarer Bedeutung ist es, daß bei jedweder Bürgerbeteiligung a priori

sichergestellt wird, daß alle gesellschaftlichen Gruppierungen der Gemeinde sich am Prozeß beteiligen können. Die Bürgerbeteiligung muß und kann auch jenen Bevölkerungsgruppen Möglichkeiten der Mitwirkung einräumen, die sich normalerweise nicht beteiligen,

- **Visionen und Aktionen miteinander verbinden:** Elementar ist, •
* In überschaubaren Zeithorizonten zu arbeiten (Vorstellungen wie: Wie soll unsere Gemeinden in 30 Jahren aussehen?, überfordern die absolute Mehrzahl der Personen? Denn wer weiß schon wie sich die Gesellschaft entwickeln wird und welche Konsequenzen für die Bevölkerung hieraus entstehen.)

* Nicht nur zu planen, sondern konkrete Aktivitäten durchzuführen.
* Sich Zwischenziele zu setzen, damit die Bürgerinnen auch positive Rückkoppelungen ihrer Arbeit haben. •

- **Offenheit des Beteiligungsprozesses:** Wesentlich ist zudem, daß der Gemeinderat offen ist, die Resultate der Bürgerbeteiligung zu respektieren. Nur wenn die Bürgerinnen wirklich unbefangen und frei arbeiten können und wissen, daß ihre Anregungen eine reelle Chancen haben aufgegriffen zu werden, werden sie auch bereit sein sich zu beteiligen.

- **Grenzen der Bürgerbeteiligung anerkennen:** Zudem gilt es die Grenzen der Bürgerbeteiligung zu respektieren und nicht als Alibi zu mißbrauchen. So macht u.a. in folgenden Fällen eine Bürgerbeteiligung kaum noch Sinn
* Partizipation kommt zu spät: Die Gemeinde hat die Entscheidung bereits getroffen, und möchte lediglich, daß diese im Nachhinein von einer Gruppe gutgeheißen wird;

* Partizipation setzt zu früh an: Es ist noch nicht klar definiert, warum überhaupt eine aktive Bürgerbeteiligung stattfinden soll, welches grundsätzliches Ziel angestrebt wird. Außerdem sind noch nicht alle Fakten, die bei einem Projekt relevant sind, bekannt.
* Partizipation wird mißbraucht: Die

Vielfalt und neue Formen der Bürgerbeteiligung nutzen!

Auf Gemeindeebene ist - wie bereits mehrfach angeführt - ein grundsätzliches Umdenken bei der Bürgerbeteiligung unerlässlich:

Es muß ohne Wenn und Aber festgestellt werden, dassß die bis dato genutzten Instrumente - sprich beratende Kommissionen sowie Dorfentwicklungsgruppen - sich nicht zufriedenstellend bewährt haben. Die Zeiten, wo die Bürgerbeteiligung größtenteils auf diesen Instrumenten aufbaute, sollten der Vergangenheit angehören. Es ist zwingend auf kommunaler Ebene neue Wege zu begehen. Hierbei gilt es hervorzuheben, daß den Gemeinden mehr denn je in der Vergangenheit bewußt sein muß, daß Sie über eine Vielzahl von Maßnahmen der aktiven Einbindung der Bevölkerung verfügen und von Fall zu Fall - je nach Zielsetzung • unterschiedliche Instrumente genutzt werden sollten. In den vergangenen Jahren haben sich zudem - nicht zuletzt dank der Idee der Agenda 21 - neue Instrumente entwickelt, die eine weitaus dynamischere und konsequentere Bürgerbeteiligung ermöglichen.

Darüberhinaus gilt es die Bürgerbeteiligung weitaus professioneller und systematischer zu organisieren.

Grundsätzlich sollte folgendes Prinzip zum Tragen kommen: mit der Bürgerbeteiligung können äußerst verschiedene Ziele verfolgt werden. Einmal kann es darum gehen, ein konkretes Projekt zu diskutieren - ein anderes Mal jedoch um für die Gemeinde in einem bestimmten Bereich Zukunftsvisionen, basierend auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit, zu entwickeln. Es versteht sich von selbst, dassß je nach gestecktem Ziel unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung zum Tragen kommen müssen.

Entsprechend sollten in Zukunft weitaus stärker als in der Vergangenheit - je nach Ziel - die Vielfalt der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten genutzt werden:

Von eminenter Bedeutung ist es darüber hinaus, die Bürgerinnen weitaus stärker als bisher bei konkreten Projekten (z.B. einem Projekt der Verkehrsberuhigung in einem Viertel) einzubinden. Auch hier können zwar beratende Kommissionen und Gemeindeentwicklungsgruppen eine Rolle übernehmen, doch entspricht die Zusammensetzung dieser Gruppen nicht unbedingt den Anforderungen. Vielmehr gilt es zusätzlich Strukturen zu schaffen, wo die direkt Betroffenen sich stärker einbringen können. In besonderen Fällen drängt es sich auf, andere Wege zu gehen.

Ad-Hoc-Arbeits-Gruppen

Diese können sehr sinnvoll sein und ermöglichen, daß Bürgerinnen konkrete Vorschläge in einem spezifischen Bereich entwickeln sollen oder aber Lösungsvorschläge in einem konkretenspezifischen Dossier entwickelt werden sollen. So z.B. für eine sichere und attraktivere Gestaltung des Schulweges. Bei einem derartigen Projekt wäre die Verkehrskommission alleine sicherlich nicht ausreichend, da es bei dieser spezifischen Frage weitaus stärker gilt die Eltern, das Lehrpersonal sowie die Kinder selbst einzubeziehen.

Runde Tische

Zu spezifischen Themen der Gemeinde, die in der Gemeinde von besonderer Brisanz sind, bietet es sich zudem an mit den verschiedenen Akteuren der Bevölkerung runde Tische zu organisieren.

Loose Beteiligung bei konkreten Projekten:

Bei isolierten Projekten drängt es sich auf, daß die Gemeinde systematisch die betroffenen Bürgerinnen einbindet. So sollte es z.B. eine Selbstverständlichkeit sein, daß bei der Planung einer Schule bzw. deren Ausbaus, das Lehrpersonal, die Eltern sowie die Kinder eingebunden werden. Von besonderer Brisanz sind, bietet es sich zudem an mit den verschiedenen Akteuren der Bevölkerung runde Tische zu organisieren.

Bürgergutachten

Warum nicht auch seitens der Gemeinde bei wichtigen oder gar umstrittenen Dossiers die Bürgerinnen - administrativ und finanziell - anregen und unterstützen, ein Gutachten für die Gemeinde zu erstellen. Ein derartiges Gutachten von den Bürgerinnen erlaubt es einen breiten Diskurs über ein Projekt zu führen und auf eine äußerst demokratische Art und Weise bei einer Planung sicherzustellen, daß auch tatsächlich die Belange der Bürgerinnen berücksichtigt werden.

Fachforum

Sinnvoll kann es zudem sein, bei spezifischen - besonders komplexen Dossiers - auch ein sogenanntes «Fachforum» einzusetzen, wo Experten Stellung beziehen zu einem spezifischen Projekt oder aber generell Vorschläge erstellen.

Beratenden Kommissionen aufwerten zur Begleitung der Gemeinde bei konkreten Projekten — Durchführung von sektoriellen Kampagnen: !

Beratende Kommissionen behalten sonder Zweifel weiterhin ihre Bedeutung, bei der Beratung des Gemeinderates bei konkreten Projekten. Die Begutachtung von Kommodo-Inkommodo-Dossiers, eine Stellungnahme bei Ausweitungsprojekten des Bautenreglementes usw. gehören nach wie vor zur Kompetenz einer Umwelt- und/oder Bautenkommission. Ebenso wie gezielte Informations- und Sensibilisierungskampagnen zu spezifischen Umweltthemen.

Dabei sei jedoch hervorgehoben, daß beratende Kommissionen nur dann Sinn machen, wenn auch die Bedingungen für ihre Arbeiten verbessert werden. Hierzu gehört u.a. eine nicht ausschliessliche Zusammensetzung aufgrund der Parteizugehörigkeit, eine Öffnung für die Einwohnerinnen der Gemeinde, die Festlegung von konkreten und Pflichten der Kommissionen. Der Mouvement Ecologique hat diesbezüglich konkrete Vorschläge formuliert, die im Anhang aufgeführt werden.

Zukunftswerkstatt

Die Methode der Zukunftswerkstatt wurde in den 80er Jahren von Robert Jungk entwickelt, um die Zukunft aktiv mitzugestalten und kreativ in Gruppen Vorschläge für Projekte und Initiativen zu entwickeln. Der Ablauf und die Aufgabenstellung fordern die Phantasie heraus und lassen Raum für Emotionen. Sie besteht aus drei Teilen: Kritikphase, Phantasiephase und Realisierungsphase (Anhang 3).

Die am Ende einer Zukunftswerkstatt gemeinsam entwickelten Lösungsansätze bieten eine Basis für weitere Aktivitäten in Arbeitskreisen oder Projektgruppen.

Gemeindeentwicklungs- / Agenda 21-Gruppen zur Entwicklung von Zukunftsvisionen auf Gemeindeebene

Darüberhinaus sollte die Gemeinde selbstverständlich das Ziel haben Bürgerinnen an der Erstellung von Visionen / Konzepten der Gemeinde zu beteiligen und diesbezüglich erste konkrete Projekte umzusetzen. Die Funktion hierbei ist über die Alltagspolitik hinaus neue Ideen für eine Gemeinde zu entwickeln.

Diese Funktion kommt derzeit theoretisch besonders den Gemeindeentwicklungsgruppen zu. Eine Reform dieser Gruppen aufgrund der angeführten Prinzipien ist jedoch unerlässlich, falls hier ein Qualitätssprung und eine effektive Bürgerbeteiligung erreicht werden sowie die Ziele der Nachhaltigkeit umgesetzt werden sollen.

Bei den derzeitigen Gemeindeentwicklungsgruppen gilt es demnach unbedingt den Qualitätssprung des Agenda 21-Projektes - nämlich die systematisierte Bürgerbeteiligung und die Umsetzung der Zielsetzungen der Nachhaltigkeit - zu gewährleisten.

Insofern würden reformierte Dorf- bzw. Stadtentwicklungsgruppen zu einem guten Teil dem Prinzip der Agenda-21 Gruppen entsprechen. Es wäre demnach nach Ansicht des Mouvement Ecologique widersinnig, neben der Struktur der Gemeindeentwicklungsgruppen noch zusätzliche, sogenannte "Agenda-21"-Strukturen einzusetzen. Vielmehr wäre es sinnvoll in einer Struktur - wie auch immer die Namensgebung ist - zu arbeiten. Allerdings gilt es die Idee der Gemeindeentwicklung weitaus systematischer als bisher in städtischen Gebieten sicherzustellen.

Zukunftskonferenz

Der wesentliche Unterschied zwischen der Zukunftswerkstatt und einer Zukunftskonferenz liegt in der Teilnehmerzusammensetzung. Zu einer Zukunftskonferenz werden Vertreterinnen aller für das jeweilige Thema relevanten Interessengruppen eingeladen, wobei eine möglichst große Variationsbreite auch in demographischer Hinsicht (Alter, Geschlecht, Herkunft...) angestrebt wird. Die dahinter steckende Idee ist, daß alle gesellschaftlichen Akteure - oder wie in der Literatur angegeben - das « ganze System » eingebunden wird.

Veränderungen, vor In den "Köpfen von Minsehen" und in den Gewohnheiten benötigen Zeit.

Niemand darf erwarten, daß eine Kultur der direkten Partizipation sich sowohl auf der Ebene der sogenannten gewählten GemeindevertreterInnen als auch bei den BürgerInnen von heute auf morgen problemlos einstellen würde. Der Aufbau derartiger Prozesse benötigt Zeit und Verständnis von beiden Seiten. Wir wollen uns jedoch die Chance geben, diese demokratische Kultur in den nächsten Jahren wachsen zu lassen.

Wichtig ist es vielmehr, eine neue Form der politischen Partizipation auf kommunaler Ebene zu verwirklichen, wobei die "Konsensorientierung" anstelle (partei)politischer Differenzierung und demokratischer Mehrheitsbeschlüsse stehen sollten. Die Zukunft einer Kommune sollen von möglichst vielen Bürgern diskutiert, möglichst viele Ideen zur Umsetzung des "Nachhaltigkeits"-Postulates entwickelt werden. Die Kompetenz zu sachgerechten Entscheidungen mit Blick auf die globalen Herausforderungen soll erhöht werden. Ein neues Verantwortungsbewußtsein gegenüber den nachfolgenden Generationen soll entstehen.

Es zeigt sich, daß der wesentliche Gewinn der erfolgreichen Beteiligungsprozesse erbringt in der Kommunikation zwischen verschiedenen